

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Landesparteitag Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 23.09.2018
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 324 bis 325 einfügen:

vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig ausgerichtet. Es muss kleineren Ländern, Kommunen, Stiftungen und auch einzelnen Bürger*innen erleichtert werden, ihr Geld aus schmutzigen Industrien zurückzuziehen und dann ohne finanzielle Einbußen nachhaltige Anlagen in Anspruch nehmen zu können. Wir fordern zu diesem Zweck die Einrichtung eines ethisch-ökologischen Fonds der Europäischen Union.

Begründung

Divestment bezeichnet das Abziehen von Investitionen aus Wirtschaftsbereichen, welche die Umwelt und das Klima schädigen, soziale Standards oder die Menschenrechte missachten und möglichst das Umschichten dieser Gelder in ökologische und sozial nachhaltige Geldanlagen.

Ein professioneller Fond würde kleineren Wirtschaftseinheiten, staatlichen wie privaten, ihr Reinvestment deutlich erleichtern, ohne direkt Finanzexpert*innen beschäftigen zu müssen.

Fossile Energieträger gehören inzwischen zu den auf mittlere bis lange Sicht riskantesten Geldanlagen überhaupt und dies nicht ohne Grund. Spätestens mit dem Paris-Abkommen wurden die weltweiten Absichten, weniger Kohle, Öl und Gas verbrennen zu wollen, um den Klimawandel abzumildern und die Umwelt zu schützen, völkerrechtlich bindend. Investitionen in diese Vergangenheitsindustrien sind also besonders mit öffentlichen Geldern verantwortungslos.

Dies begreifen inzwischen zunehmend mehr Investoren auf der ganzen Welt, unter ihnen zahlreiche Kommunen, Staatsfonds, Universitäten und Stiftungen, aber auch private Unternehmen. In Schleswig-Holstein haben wir GRÜNEN mit dem Divestment im landeseigenen Pensionsfond in Höhe von 700 Mio Euro einen guten ersten Schritt gemacht. Im Januar erklärte die Stadt New York ein Divestment ihres Rentenfonds von 5 Milliarden Dollar aus fossilen Energieträgern. Einer der prominentesten und gewichtigsten Vorreiter hier war sicherlich der Norwegische Staatsfond, der von der Norwegischen Zentralbank gemanagt wird und im November letzten Jahres den Ausstieg aus Öl- und Gas-Investments verkündet hatte. Ob Oslo, Berlin oder die Universität Göttingen, New York oder Schleswig-Holstein: Es ist klar, dass Investitionen in fossile Energieträger weder wünschenswert noch sicher sind.

Allerdings sind wir lange nicht so weit wie wir sein sollten. Nach einer Studie aus dem Jahre 2016 dürfte das damals schon optimistisch geschätzte restliche Kohlenstoffbudget in Höhe von 800 Gigatonnen, bereits von den schon bestehenden Bergwerken und Öl- und Gasfeldern mit 942 Gigatonnen im Falle vollständiger Nutzung deutlich überschritten werden.

Die jährlichen Energieinvestitionen lagen 2014 in einer Höhe von 1200 Milliarden Dollar, 2012 die staatlichen Subventionen für fossile Energie bei 544 Milliarden Dollar und das entgegen der weltweiten Gewissheit, fossile Energieträger hinter sich lassen zu müssen. Staatliche Institutionen riskieren hier Steuergelder gegen das Interesse der Bürger*innen.

Wir GRÜNEN, die wir uns nach wie vor als Bewegungspartei verstehen, müssen jetzt anfangen, uns deutschland- und europaweit in der Divestment/Fossil Free Bewegung zu engagieren. Divestment ist kein einfaches oder besonders populistisch aufgreifbares Thema und dennoch haben sich tausende Menschen in Deutschland hinter einer bunten und vielfältigen Bewegung versammelt, tragen ihren Unmut und ihren Veränderungswillen auf die Straßen und Institutionen und schaffen es immer wieder durch den Filz alter Verwaltungen große Änderungen in der entsprechenden Finanzpolitik durchzusetzen. Wir sollten diese Bewegung unterstützen, wo wir können, kommunal, sowie auf Landes- und Bundesebene ein offenes Ohr für sie haben und uns ihrer Botschaft und ihren Forderungen anschließen.